

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19170908

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
 Bezugspreis: durch die Post ohne Beleggeld monatlich 4.50, vierteljährlich 12.50, halbjährlich 24.50, durch die
 Auslieferung monatlich 3.50, halbjährlich 10.50, vierteljährlich 7.50. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 Pf.
 bei den Straßenhändlern 10 Pf. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 Pf.
 Kreuzbandendungen monatlich 2.70, für das Ausland monatlich 4.—.

Redaktion:

Helfandstraße 11, 1. Etz.

Hamburg 36.

Expedition:

Helfandstraße 11, Erdgesch.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Anzeigen die achtspaltige Zeile oder deren Raum 45 Pf. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und
 Familienanzeigen 35 Pf. zuzüglich 10 Pf. Steuerzuschlag. Anzeigen-Annahme-Büro: Helfandstr. 11.
 Erdgesch. (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Büros, Plak- u. Daten-
 vorchriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigen in redaktionellen Teil werden gegen Entgelt
 aufgenommen. — Buchhandlung: Erdgesch., Buchdruckerei-Kontor: 1. Etz., Helfandstr. 11.

Politik und Gesundheitswesen.

Von Konrad Gaenisch.

Vor mir liegt eine kleine, heute so gut wie verschollene Schrift August Bebel's. Sie umfaßt nur 32 Seiten und trägt den Titel: „Das Reichsgesundheitsamt und sein Programm vom sozialistischen Standpunkt aus beleuchtet.“ Die Broschüre ist der Wiederabdruck zweier Artikel, die im Jahre 1878 zuerst in der von Karl Höpfer herausgegebenen Zeitschrift „Die Zukunft“ erschienen. Bebel schrieb diese Artikel in den ersten Monaten des Jahres 1878 im Leipziger Gefängnis, in dem er — wieder einmal — sechs Monate wegen angeblicher Bismarckbeleidigung zu verurteilt hatte.

Den Anlaß zu der Arbeit hatte eine der Reichstagsdrucksachen gegeben, die dem jungen Sozialistenführer in seine kleine Gefängniszelle nachgeschickt worden war. Diese Vorlage enthielt die Forderung der Regierung auf Bewilligung der Summe von ganzen 44 500, mit deren Hilfe sie das bis dahin erst embryonal vorhandene Reichsgesundheitsamt ein wenig ausbauen wollte. Der Vorlage war eine Denkschrift beigegeben, in der die Regierung diese Forderung ausführlich begründete.

Es ist wahrscheinlich das erste Mal gewesen, daß August Bebel, der gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht damals seit reichlich zehn Jahren schon im härtesten Kampfe gegen das Bismarcksche Regime stand, eine Vorlage der Regierung dieses Gesundheitsamtes begutachtete. Und er tat nicht nur das. Er sah in der Vorlage geradezu einen hochbedeutenden Schritt auf dem Wege zum Sozialismus und trat deshalb mit dem ganzen Feuer seines jugendlichen Enthusiasmus für die Forderung der Regierung in die Schranken. In großen Linien entwarf Bebel auf den knapp 36 Seiten seines Schriftchens ein Programm für die Arbeit des neuen Amtes, das auch heute noch erster Bedacht wert ist.

Je freundlicher der liberal als Reichsfeind verführte sozialdemokratische Dreißigermeister die Vorlage begrüßte, um so feindseliger stellten sich ihr gewisse Vertreter der bürgerlichen Parteien gegenüber. Vierzehn Jahre später, im Jahre 1892, so fällt man von einem Erstaunen ins andere über die vollendete Verstandlosigkeit, mit der anerkannte Vorkämpfer des deutschen Bürgerrechts der von der Regierung geplanten neuen Einrichtung gegenüberstanden. Und nicht nur dieser neuen Einrichtung selbst, sondern allen Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens überhaupt.

Da gab es zum Beispiel am 16. Februar 1878 im Reichstage eine Interpellationsdebatte über die von der Regierung angekündigte Einbringung eines Reichsgesundheitsgesetzes und einer Leichenschauvorlage. Der bekannte Zentrumsführer Dr. August Reichensperger konnte sich nicht verhehlen, gerade aus diesem Anlaß die heftigsten Klagen zu erheben über die ungeheuren Lasten, die durch solche Ausgaben dem Volke auferlegt würden. Wörtlich erklärte er: „Es ist gewiß eine schöne Sache um die Bildung, um die wissenschaftliche, um die allgemeine Bildung eines Volkes . . . aber schließlich unterliegen die Gemeinden unter solchen Ausgaben.“ In das gleiche Horn blies der konservative Führer v. Helldorf, dessen Partei niemals daran dachte, auch der unmaßstäblichen Militärvorlage etwa gleichfalls aus Sparankheitsgründen irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Solche Geleise, meinte er, stützten „weniger Ordnung als Verwirrung“, die fittliche Auffassung der Bevölkerung werden sich nur schwer mit der Leichenschau befremden können. . . .

Das gleiche Bild bot sich, als am 2. März dann jene vorhin erwähnte Forderung von sage und schreibe 44 500 für das Reichsgesundheitsamt im Plenum des Reichstags zur Debatte stand. Wieder war es vornehmlich August Reichensperger vom Zentrum, der sich mit der Vorlage vor allem aus finanziellen Gründen nicht befremden konnte und demgemäß um ihre Ablehnung eruchte. Die Bagatelsumme, die die Regierung forderte, schätzte ihm solch Entsetzen ein, daß er das geplante Amt „eine förmliche finanzielle Aufzuchtungsanstalt“ nannte. Und dabei, so prophezeite er düster, werde es nicht einmal stehen bleiben. Er habe gesehen, daß man bereits mit dem Plane umgehe, an allen deutschen Universitäten besondere Lehrstühle für das öffentliche Gesundheitswesen einzurichten! Ja — habe man denn an den schon vorhandenen Professoren noch nicht genug? Außerdem denke man schon daran, sogar Polizeibeamte mit Vorkenntnissen im Gesundheitswesen anzustellen. Das gehe doch entschieden zu weit. Gegenwärtig wolle Herr Reichensperger von der geplanten staatlichen Überwachung der Lebensmittelfabrikation etwas wissen. Es genüge völlig, wenn sich private Vereine dieser Sache annehmen und „moralisch“ auf die Verfallsfristen von Lebensmitteln einzuwirken suchten.

In ähnlichem Sinne sprach sich der damals sehr bekannte freikonservative Führer Dr. Lucius aus: Das Reichsgesundheitsamt habe sich mit der Aufdeckung von Schwindeln in keiner Weise zu befähigen. Wollten die Menschen sich durch- aus betrogen lassen, so möchten sie es ruhig tun. Das Reich aber habe damit genau so wenig zu schaffen, wie es etwa dazu berufen sei, zu verhindern, daß das Publikum sein Geld in Schwindelpapieren anlege.

Das Tollste war, daß sogar ein Arzt, der Abgeordnete Dr. Mendel, im Namen der Fortschrittspartei, an Beisitzungs- heit der Auffassung hinter den beiden genannten Rednern keineswegs zurückstand. Mit wissenschaftlichen Aufgaben, so meinte dieser Herr, habe sich das Reichsgesundheitsamt überhaupt nicht zu befassen, das sei ausschließlich Sache der Universitäten. Der Kreis der Tätigkeit des Reichsgesundheitsamtes müsse so eng wie möglich gezogen werden, über den Rahmen einer „Vermittlungsbehörde“ zwischen der Wissenschaft und der Gesetzgebung dürfe es unter keinen Umständen hinausstreben. Nur nicht die Befugnisse der Polizei auf gesundheitspolitischem Gebiete erweitern! Besonders hatte es dem Herrn Doktor der Plan des Reichsgesundheitsamtes angetan, auch die Chemie als Hilfswissenschaft der öffentlichen Gesundheitspflege dienlich zu machen. Die Chemie sei überhaupt vorläufig noch keine ernst zu nehmende Wissenschaft, da sie auf viele Fragen die Antwort schuldig bliebe. Und was dergleichen geistvolle Bemerkungen mehr waren!

Schließlich konnte die Regierung noch heilsfroh sein, daß ihr trotz aller dieser tiefgründigen Bedenken die geforderten 44 500 für das Reichsgesundheitsamt überhaupt noch mit Ach und Krach bewilligt wurden.

Wir sind auf die Vorgänge von damals heute aus verschiedenen Gründen so verhältnismäßig ausführlich eingegangen. Zunächst deshalb, weil sie ein Ruhmesblatt für die

deutsche Sozialdemokratie bilden. Deren aus dem Proletariat hervorgegangener Führer erkannte auf einem der wichtigsten Gebiete der Volkswohlfahrt mit scharfem Blick die Notwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft schon zu einem Zeitpunkt, als hochgelahrte politische und wissenschaftliche Vertreter des Bürgertums noch mit den trübsinnigsten Bedenken an diesen Notwendigkeiten herumrüttelten. Viel wichtiger jedoch noch als die Betonung dieses berechtigten Stolzes auf die eigene Partei ist für uns die Untersuchung der Frage, wieviel von den hochfliegenden Plänen, mit denen das Reichsgesundheitsamt damals ins Leben gerufen wurde, heute, nach fast vierzig Jahren, denn nun verwirklicht ist, und wieviel auf der anderen Seite seiner Verwirklichung immer noch herrt. Im Zusammenhange damit aber muß diese Frage dahin erweitert werden, ob das damals ins Leben gerufene Reichsgesundheitsamt in seinen bisherigen Formen und mit seinen bisherigen Kompetenzen den ins Auge gefaßten Aufgaben der Gegenwart überhaupt noch zu genügen vermöge oder ob nicht vielmehr gerade der Krieg uns auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens vor so ungeahnt gewaltige und vor so unübersehbar große Aufgaben gestellt hat, daß sich eine Reform des Reichsgesundheitsamtes, und zwar eine Reform an Haupt und Gliedern, als unabwendbare Notwendigkeit heraus ergeben muß.

Wir haben ja auf vielen Gebieten der Staatsverwaltung eine ähnliche Entwicklung erlebt. Es sei nur erinnert an das einst so beiseitene, vom Auswärtigen Amt reorganisierende Reichskolonialamt, das seit einem Jahrzehnt schon in ein selbständiges Reichsamt mit einem Staatssekretär an der Spitze umgewandelt worden ist. Die Entwicklung des Kolonialwesens hatte eben im Laufe der Zeit den alten Verwaltungsrahmen mit Notwendigkeit geprengt. Und spielt sich nicht ähnliches gerade heute vor unseren Augen ab? Wir sehen, wie das Reichsamt des Innern infolge der ungeheuren Ausdehnung seines Aufgabenspektrums in zwei Reichsämter zerlegt werden muß. Wir erleben, wie neben dem künftigen im wesentlichen auf innerpolitische Fragen im engeren Sinne beschränkten Reichsamt des Innern ein Reichswirtschaftsamt und ein Reichs Ernährungsamt geschaffen wird — zwei Einrichtungen, an die vor drei Jahren noch kein Mensch dachte. Nun wohl — nicht minder wichtig ist seit langem schon die Ausgestaltung des bisher wie ein Weichsel im Verborgenen blühenden Reichsgesundheitsamtes zu einem eigenen Reichsamt mit einem Staatssekretär an der Spitze und mit umfassenden Vollmachten.

Im Grunde ist es höchst merkwürdig, daß diese Forderung bisher in der Öffentlichkeit noch gar nicht erhoben worden ist, trotzdem der Krieg tagtäglich das deutsche Volk und seine Behörden vor die schwerwiegendsten gesundheitlichen Probleme stellt. Oder vielmehr auch nicht merkwürdig! Denn die Unkenntnis, die in den meisten Kreisen des deutschen Volkes über die elementarsten Fragen des Gesundheitswesens besteht, und vor allem über die innigen Zusammenhänge zwischen diesen Fragen und unserem ganzen politischen Leben, ist geradezu erschreckend groß. So fand es denn auch fast ausschließlich in der medizinischen Fachpresse und in einigen populär-medizinischen Zeitschriften ein Echo, als — im Sinne des vorliegenden Artikels — der Schreiber dieser Zeilen im Februar dieses Jahres bei der Beratung des Reichstages im preußischen Abgeordnetenhaus auch für Preußen die Umwandlung der Medizinalabteilung, die früher ein Ressort des preußischen Kultusministeriums bildete und seit einer Reihe von Jahren dem Ministerium des Innern unterstellt ist, in ein selbständiges Ministerium verlangte. Die politische Tagespresse ging an der Erörterung im Abgeordnetenhaus fast durchweg ganz gleichgültig vorüber.

Und doch gibt es kaum einen Komplex von Fragen, der für die ganze Zukunft unseres Volkes bedeutungsvoller wäre als jener, von dem wir hier sprechen. Um nur einiges Wenige vom Allernotwendigsten herauszugreifen, so denke man an das in seiner Bedeutung gar nicht zu überschätzende Problem der Bevölkerungspolitik in dem politischen, sozialen, wirtschaftlichen, ethischen Fragen und Fragen des Gesundheitswesens im engeren Sinne eine unlösliche Einheit bilden. Man denke an den von der Regierung gerade jetzt vorbereiteten und dem Reichstage schon angekündigten Entwurf über das gezielte Verbot des Vertriebes empfangnisverhütender Mittel, man denke an den Schatz der Schwangeren und der Wöchnerinnen sowie der Säuglinge, an den Zusammenhang der Säuglingssterblichkeit mit der sozialen Lage der Eltern im allgemeinen, mit den Fragen der Milchbeschaffung und des Wohnungswesens im besonderen. Man denke an die engen Zusammenhänge zwischen Ernährungsfragen, Wohnungsfragen und Seuchengefährdung, man denke an den Alkoholismus als soziales Problem, an die Beziehungen zwischen Wohnungswesen, Beschäftigungsart, Arbeitszeit, Ernährungsweise und Tuberkulose. Gerade die Schwindelgefahr, die im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege unter dem Einfluß umfassender sozialhygienischer Maßnahmen ein klein wenig von ihrer furchtbaren Bedrohlichkeit eingebüßt hatte, hat im Verlaufe des Krieges wieder ein ganz außerordentlich ernstes Gesicht erhalten. Auch an die Zusammenhänge zwischen den Darmkrankheiten und der Ernährungsweise möge man sich erinnern, ebenso an die engen Beziehungen zwischen der Art der Ernährung und der Entwicklung der Krebskrankheiten zu Volksfeinden gefährlicher Art. Und sollen wir erst an die gleichfalls durch den Krieg zu so bedrohlicher „Aktualität“ emporgemachten Frage der venerischen Krankheiten erinnern, um zu zeigen, daß wir es hier in der Tat mit sozialen Problemen des ernstesten Charakters zu tun haben? Die gleichfalls vom Kriege in den Vordergrund gehobenen sozialhygienischen Fragen der Krüppelfürsorge, der Blindenbeschäftigung, der Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit bei Kriegsverletzten brauchen wir wohl nur zu nennen; ebenso die Frage der Nahrungsmittelverfälschungen, die heute in der Tat ebenso wenig mehr eine rein moralische wie eine rein juristische Frage ist, die sich vielmehr gerade in den letzten Jahren auch ihrerseits zu einer sozialhygienischen Frage erster Ordnung ausgewandelt hat. Und schließlich — wir erinnern wirlich nur an das Wichtigste — vergeße man das Heer der Nervenkranheiten nicht, die durch den Krieg und seine physischen wie psychischen Folgeerscheinungen eine so unheimliche Zunahme erfahren haben.

Auf der anderen Seite sind gleichfalls in den letzten Jahren die gerade auf dem Gebiete des Medizinischen ganz besonders bedenklichen großkapitalistischen Einflüsse immer deutlicher zutage getreten. Die Verquickung von Wissenschaft und Geschäft hat gerade hier unheimliche Fortschritte gemacht. Ständelose Begleitererscheinungen, wie die systematische Mundtorturierung unbedarfter Forscher in angelegenen Organen der medizinischen Fachpresse sind nicht ausgeblieben.

Dies alles braucht man nur anzudeuten, um jedem begreiflich zu machen, daß hier in der Tat allernotwendigste Gegenstände

und Zukunftsinteressen unseres Volkes auf dem Spiele stehen, und daß es mit dem bisherigen Schlenkrian, mit der bisherigen Gleichgültigkeit weiter Volkstriebe diesen Dingen gegenüber einfach nicht mehr weiter geht.

Aber darf denn ein medizinischer Laie dazu überhaupt das Wort nehmen oder ist es nicht vielmehr einfache Pflicht der Selbstbescheidung, hier ganz und gar den Fachmännern das Feld zu überlassen? Ich denke: nein! Voraussetzung ist natürlich, daß der Laie, wenn er sich in diesen Dingen äußert, sich der Grenzen seines Wissens und seiner Urteilsfähigkeit in jedem Augenblick klar bewußt bleibt. Grober Unfug wäre es eine lächerliche Annahme obendrein, wenn ein Laie sich z. B. ein Urteil erlauben wollte über die zweckmäßige Dosierung irgendeines Medikaments, über die Frage, ob und zu welchem Zeitpunkt in irgend einem bestimmten Krankheitsfalle etwa ein operativer Eingriff geboten ist. Das wäre ebenso albern, als wenn ein Laie etwa über die Technik des Brückenbaues und über die zweckmäßigste Form von Bremsvorrichtungen im Eisenbahnbauwesen der Deftlichkeit seine unmaßgebliche Meinung aufdrängen wollte.

Aber von dem allen ist hier nicht die Rede. Was hier zur Debatte steht, ist ja durchaus nicht etwa die Technik des Heilverfahrens im einzelnen Falle, sondern der große Zusammenhang des allgemeinen Gesundheitswesens mit den wichtigsten Fragen unseres wirtschaftspolitischen Lebens. Und da mitzureden, hat meiner Meinung nach auch der Politiker nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht. Ganz besonders der sozialistische Politiker! Wenn sich der im öffentlichen Leben stehende Mann trotz seiner Laienhaftigkeit das Recht nicht nehmen läßt, über volkswirtschaftliche und finanzielle Fragen des Eisenbahnbetriebes mitzuspoken und mitzuentcheiden, so darf er sich in dem noch unendlich viel bedeutungsvolleren und umfassenderen Gebiete des Gesundheitswesens dieses Recht schon gar nicht nehmen lassen. Daß er sich, bevor er öffentlich über diese Dinge redet, nach besten Kräften zu unterrichten suchen muß, ist so selbstverständlich, daß wir es wohl kaum ausdrücklich zu sagen brauchen.

Deutscher Heeresbericht.

Mittl. WZ. Großes Hauptquartier, 7. September.

Mittl. Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Front spielten sich zwischen Ghent und Walde wieder heftige Artilleriekämpfe ab.

Morgens und abends griffen die Engländer nach starkem Artilleriebeschuss die Stellung des Bahn-Konters in der 4 Kilometer Breite an. Nach kurzem, hartem Kampfe wurden sie überall zurückgeworfen. Der Einsatz von drei Divisionen zu diesen Angriffen, die dem Feind hohe Verluste kosteten, wurde durch Gelingen bestätigt.

In den benachbarten Abschnitten drangen nach kräftigen Feuerstößen englische Erkundungsabteilungen vor; auch sie hatten keinen Erfolg.

Bei Lens überschritten frühmorgens Teilangriffe des Feindes verlustreich.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An mehreren Stellen der flandrischen Front und in der Champagne blieb die Kampftätigkeit tagsüber lebhaft. Vorstoßversuche brachten uns Gelingen ein.

Die Artilleriebeschüsse auf dem Oise und der Maas wurde bis in die Nacht hinein mit nur kurzen Unterbrechungen fortgesetzt. Unter Vernichtungsfener gegen erkannte Verstärkungen von Sturmtruppen verdrängte am Fosses-Walde einen Angriff der Franzosen.

Südlich von Beaumont drang ein württembergisches Regiment in die feindlichen Linien und vertrieb die Besatzung im Sandgrabenkampfe.

Südliche Stützpunkte brachen in den Courieres-Wald ein und kehrten mit Gefangenen zurück.

9 feindliche Flugzeuge wurden im Luftkampf, weitere 5 durch Abwehrfeuer zum Absturz gebracht.

Mittl. Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold.

Die Rückzugsbewegungen der Russen nordöstlich der unteren Dina dauerten weiter an. Unsere Kavallerie kämpfte erfolgreich mit feindlichen Nachhuttruppen südwestlich von Rikan und bei Neu-Napen (70 km östlich von Niga).

Zwischen Lobe-Zee und Friedrichshof hat der weiche Feind die Ostflanken in Brand gesetzt.

Die Deutsche in Dinamünde bekämpft sich außer viel Schied, bedarf und Kriegsgerät auf 40 Geschütze, davon haben 22 größere Kaliber als 12 cm.

Wid zum Schwarzen Meer sonst keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Zwischen Skrida- und Prepa-See Geschechte von Streifabteilungen, östlich des Barbar lebhaft Feuerstätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludenborff.

Der Kampf um den Monte San Gabriele.

Mittl. WZ. Wien, 7. September. Mittl.

Feindliche Fliegerangriffe gegen die offene Stadt Triest werden zum täglichen Ereignis.

Die Kämpfe auf dem Monte San Gabriele flackern dauern an. Vergebens sucht der Feind, uns die in den letzten Tagen errungenen Erfolge freitig zu machen. Seine Angriffe — durch unsere Truppen wiederholt im Gegenstoß gescheitert — scheitern durchwegs unter schweren Verlusten.

Außerordentlich heftig wird noch immer um den Monte San Gabriele gerungen. Unser Opfer ist dem Feind zu groß. Mehr Angriffe brauchen gestern am Nordhang zu kommen. Ein schwerer Ansturm wurde am Westhang abgelehnt.

Seit dem 19. August haben wir am Fango insgesamt 500 italienische Offiziere, 18 000 Mann gefangen genommen. An blutigen Opfern steht für die Italiener die 11. Fango-Schlacht vor den früheren Schlachten in keiner Weise zurück.

Ueber die anderen Fronten und Kriegsschauplätze ist nichts von Belang mitzuteilen. Der Chef des Generalstabes.

Ereignisse zur See.

Als Vergeltung für die wiederholten gegen die offene Stadt Triest gerichteten feindlichen Fliegerangriffe belegten unsere Seestreitkräfte in der Nacht vom 6. auf den 7. September das Seacanal und die militärischen Anlagen der Festung Venedig ausgiebig und mit sehr gutem Erfolge mit Bomben. Es wurden zahlreiche Treffer einwandfrei beobachtet. Trotz heftigen Abwehrfeuers sind alle Flugzeuge wohlbehalten zurückgekehrt.

Flottenkommando.

Sieben Dampfer vernichtet.

Mittl. WZ. Berlin, 7. September.

Im Atlantischen Ozean, im Mernekanal und in der Nordsee vernichteten unsere Unterseeboote wiederum sieben Dampfer mit

19 500 Brutto-Register-Tonnen.

Darunter die englische U-Bootsfalle „D 8“ (früher englischer Dampfer „Dola“), ein unbekannter Dampfer von etwa 4000 Tonnen, der nach Ansehen, nach Art der Bewaffnung und Schornstein sowie nach dem gleichmäßigen Anzug der Besatzung als Hilfskreuzer angesprochen wurde und ein englischer bewaffneter, gesicherter, tief beladener Dampfer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

In Dinamünde — im befreiten Riga.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Häfer.)

Den 6. September.

Der militärisch wichtigste Punkt des Rigaer Meerbusens befindet sich seit gestern in deutscher Hand. Schon 9 Uhr morgens wurde die zu beiden Seiten der Dinamündung liegende Festung Dinamünde, ein aus Fernwerfern und vorgehobenen schweren Küstenbatterien bestehend, durch deutsche Marinekräfte besetzt. Ich komme jedoch aus Dinamünde zurück. Ein Teil der Kasernen ist ausgebrannt. Von den Batterien sind mehrere schwere und mittlere bis auf die Verschützte erhalten. Unsere Marine arbeitet fleißig an der Sicherung der unteren Dina, der Seeburg von versenkten Fahrzeugen und dem Wiederaufbau von Brücken. Was an größeren Schiffen auf der Dina schwamm, hat Riga im letzten Augenblick verlassen und sich teils nach Pernau, teils nach Reval begeben. Schon am Tage unseres Ueberganges bei Uxell dampften aus Riga in aller Eile die zwei letzten russischen Kreuzer ab.

Nach dem kurzen Interregnum der Plünderung und dem ersten Freudenrausch der befreiten Deutschen wird das Leben in der Stadt schnell wieder normal. Ueber die Hälfte der 500 000 Einwohner ist geflohen, meist Frauen und Kinder und daneben auch die verschiedenen russischen Kommissen. Der Preis der Lebensmittel, der Kleider, des Holzes, der freilich, wie in ganz Rußland, schon im letzten Halbjahre gegenüber den deutschen Verhältnissen eine schwindelnde Höhe erreicht hat, steigt noch immer an. Zur Regelung der Ernährung dieser größten Antriebskraft der Ostsee-Region ist der bisherige verdiente deutsche Stadthauptmann von Riga, im Frieden zweiter Beigeordneter von Elberfeld, beauftragt worden. Die deutsche Stadtbewachung, die bei den eben beendeten städtischen Wahlen von den Letzten in die Minorität gedrängt wurde, ist heute vom Oberkommandierenden der siegreichen deutschen Armee empfangen worden und nimmt ihre Arbeiten wieder auf. Infolge der letzten Plünderungen ist die Erregung der Deutschen gegen die Letzten sehr groß. Die letzten Arbeiter und Soldaten Riga waren zum größten Teil Maximalisten, doch gab es wie bei den russischen auch bei den lettischen Letzten selbst nach der Revolution eine starke antirussische Strömung, die für ein freies Baltikum mit Anlehnung nach dem Westen plädiert.

Dr. Adolf Häfer.

Der Fall Riga.

Nach dem „Neuen Vaterländischen Courant“ meldet „Dain Riga“ aus Petersburg vom 4. September: Die politische Bedeutung des Falles Riga hängt ganz von den Umständen ab, unter denen die Stadt gefallen ist. Die russischen Parteien versuchen die Ursache ebenso darzustellen, wie bei den Niederlagen der Russen im letzten Weltkrieg, daß die Front, um damit eine Waffe gegen die demokratische Organisation zu schmieden, der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg erhielt aber zwei ausführliche Berichte, woraus hervorgeht, daß die Armee bei Riga gut gekämpft habe und nur durch die Ueberlegenheit der technischen Hilfsmittel des Feindes besiegt wurde. Von einander abgegrenzte russische Regimenter hätten gekämpft. Bis jetzt vollständig vernichtet waren.

Die militärischen Folgen des russischen Rückzuges sind der Pariser Presse zufolge sehr ernst. „Le Courant“ schreibt, man müsse hoffen, daß die russische Regierung, ähnlich wie bei den französischen Niederlagen, durch wenige Hindernisse die Ordnung wiederherstelle, sich aber Spione und tödlichen Arbeiter- und Soldatenräte entbehren könne. „L'Internationale“ schreibt, die deutsche Unternehmung gegen Riga sei eine geschickte Antwort auf Wilsons Note und zugleich eine Stärkung der Autorität des Völkermoralismus und der Militärtätigkeit. In dieser Hinsicht sei die russische Niederlage doppelt schmerzhaft. Die Letzten aber, daß ein Volk, das sich vor dem Feinde inneren Irrungen verlor, verloren sei.

Die deutsche Offensive bei Riga findet in der schwedischen Presse größte Beachtung. Heute wird sie wieder von dem militärischen Mitarbeiter im „Dagens Nyheter“ behandelt, der, gestützt auf seine Kenntnisse der russischen Verhältnisse, sich zu einer Schlußfolgerung, die auch bei den letzten Verhältnissen an der Ostfront als geradezu bewährlich angesehen werden müsse. Dann fährt er fort: Die Einnahme Riga ist notwendig von besonderer großer Bedeutung, sowohl unter militärischen, wie vielmehr noch mehr unter dem moralischen Gesichtspunkt, denn sie zeigt klar Deutschlands Fähigkeit, auch unter dem größten Druck auf den übrigen Fronten seine Erfolge im Osten in höchst bemerkenswerter Weise zu steigern. Die allgemeine Lage ist augenblicklich so geartet, daß man immer neue wichtige Nachrichten vom Osten erwartet. Infolgedessen knüpft sich das Hauptinteresse nicht an das, was schon gewonnen ist, sondern an die Frage, wie weit die Deutschen jetzt im Ernst gegen Rußlands Herz zum Angriff vorgehen werden. Die Gelegenheit scheint ja jetzt vorzuliegen, als je, da die Offensive der Entente auf der Westfront erloschen ist und zugleich die Verwirrung im russischen Heere ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint. Für die Ausführung einer neuen Offensive sprechen natürlich viele Gründe. Die Hauptfrage ist vom deutschen Standpunkt aus natürlich, entweder mit Rußland Frieden zu bekommen, oder, wenn sich das als unmöglich zeigt, die militärische Kraft so zu geschmettern, daß diese für längere Zeit nicht mehr mitgenommen werden braucht. Sodann weist der Verfasser auf die Wunden hin, die solchen Offensive in Finnland und überhaupt in der Ostsee bis und auf die gefährliche Bedrohung der Verbindung zwischen Rußland und England.

Auch andere Mächte behandeln die gleichen Fragen.

Die Friedensbewegung.

Französische Stimmen zu Wilsons Note.

Zur Antwortnote Wilsons auf die Friedensnote des Papstes bemerkt die katholische „Gazette“: Wir haben in diesen beiden Noten zwei sich direkt widersprechende Forderungen vor Augen, die von den beiden zurzeit wichtigsten Stimmen der Welt ausgehen. Der Papst mahnt zum Frieden, getreu den Traditionen seines Amtes und dem Geist des Evangeliums; allein, da er einseitig, daß ein Frieden und Waffenstillstand jetzt unmöglich ist, sagt er: Spricht wenigstens vom Frieden! Das kann auch bei der Fortdauer des Kampfes geschehen. Wilson sagt: Nein, noch kann man nicht davon sprechen. Erst muß die deutsche Regierung verschwinden, dann wollen wir großzügig mit dem deutschen Volk verfahren. Jetzt wurde die päpstliche Note fast allgemein abgelehnt. Bei reiflicher Ueberlegung aber möchte sich eine gegenwärtige Ansicht geltend. Wir meinen, daß die Geschichte dieser letzten

[illegible]

Hierzu eine Beilage.

